



Europäischer Ausschuss
der Regionen

Die Lage der Europäischen Union: die Perspektive der Regionen und Städte

„Die Städte und Regionen sind
die Zukunft der Europäischen Union“



Es gilt das gesprochene Wort.

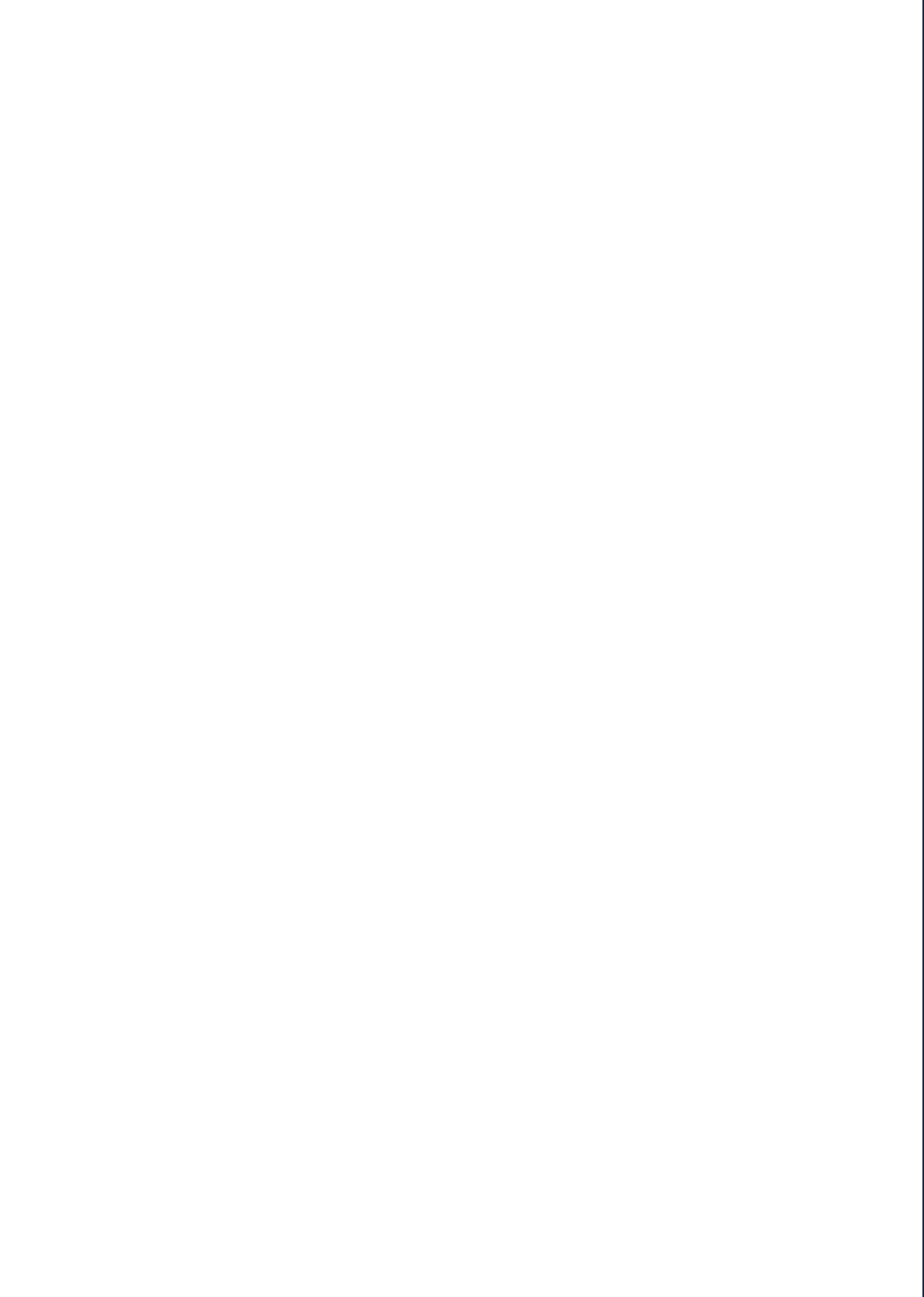
Rede von Karl-Heinz Lambertz

Präsident des Europäischen Ausschusses der Regionen

4. Dezember 2019

cor.europa.eu/sotreg-2019-de.go

#SOTREG





„Die Städte und Regionen sind die Zukunft der Europäischen Union“

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Ich möchte Präsident Sassoli ganz herzlich dafür danken, dass er heute hier zu uns gekommen ist. Als Mandatsträgerinnen und Mandatsträger der Union und für die Union müssen wir weiterhin zusammenarbeiten. Daher schlage ich Ihnen, Herr Präsident, vor, dringend eine gemeinsame

Konferenz der Präsidenten anzuberaumen, um unsere Standpunkte zum nächsten mehrjährigen Finanzrahmen zu konsolidieren und die Modalitäten für die Mitwirkung des Europäischen Ausschusses der Regionen an der Konferenz zur Zukunft Europas festzulegen.

* * *

Die Präsentation der Lage der Union aus der Perspektive der Regionen und Städte ist nunmehr eine Tradition. Gehen wir also der Frage nach, was sich seit dem letzten Jahr geändert hat.

Vor einem Jahr wurden wir vor einer populistischen antieuropäischen Welle gewarnt. Sie ist nicht über uns hereingebrochen. Unsere Union liegt der Mehrheit der Europäerinnen und Europäer nach wie vor am Herzen. Dies ist beruhigend zu wissen. Indes ist die nächste Runde im Kampf gegen diejenigen, die Europa zerstören wollen, nicht einfach nur um fünf Jahre aufgeschoben. So hat uns das Beispiel Frankreich 2017 deutlich vor Augen geführt, dass diese Auseinandersetzung auch in der nationalen Arena ausgetragen wird. Und nunmehr auch auf lokalen und regionalen Schauplätzen, wie die jüngsten Landtagswahlen in Deutschland und die Bürgermeisterwahl in Budapest gezeigt haben.

Im Übrigen sind die Hoffnungen und Sorgen jedoch die gleichen geblieben.

Der Brexit ist immer noch in der Schwebe. Diejenigen, die ihre Bürgerinnen und Bürger mit einem Schlag ihres Europas berauben wollten, haben Chaos verbreitet und es bislang nur geschafft, der Union einen Kommissar vorzuenthalten. Die Schwierigkeiten bei der Lossagung von der europäischen Souveränität sind eine wichtige Warnung: Die Union ist nicht einfach nur ein schmückendes Beiwerk. Sie ist das Herzstück unseres Alltags. Der Brexit wird als schwerer Fehler in die Geschichte eingehen. Aber wir wollen darüber nicht die Leistung unserer britischen Kolleginnen und Kollegen vergessen, mit denen wir auch in Zukunft privilegierte Beziehungen aufrechterhalten wollen.

Die Debatte über „mehr“ oder „weniger Europa“ ist noch nicht abgeschlossen, sie ist sogar heftiger geworden. Doch der Zukunft der Europäerinnen

und Europäer ist nicht durch Machtkämpfe zwischen der Union, den Mitgliedstaaten und den Städten und Regionen gedient. Im Mittelpunkt unserer Anstrengungen sollte nicht so sehr eine neue Verteilung der Zuständigkeiten stehen, sondern vielmehr eine Verringerung der europäischen Gesetzesdichte. Wir müssen freilich neue Wege finden, um Souveränitäten zu teilen – beispielsweise den vom luxemburgischen Ratsvorsitz 2015 vorgeschlagenen Mechanismus, um das Recht eines Mitgliedstaates auf lokaler Ebene auch in einem Nachbarmitgliedstaat anzuwenden. Im Mai 2018 legte die Europäische Kommission dazu einen Verordnungsvorschlag vor, den wir befürworten, denn wir sind stets um Zusammenarbeit statt Abschottung bemüht.

Seit dem letzten Jahr ist unsere Union nicht kleiner geworden, will sich aber vorerst auch nicht weiter öffnen. Doch die notwendige Vertiefung der Union darf uns nicht blind für die Anstrengungen

unserer Partner machen. Nach all den Bemühungen ihrer Bürgerinnen und Bürger dürfen wir den Westbalkanländern nicht die Tür vor der Nase zuschlagen. Dies wäre ein historischer Fehler, wie Sie, Herr Präsident, auch ganz richtig betont haben.

Der Wirtschaft geht es besser, aber nicht alle profitieren davon. Es war wichtig, dass die neue Kommission die Förderung und den Schutz der sozialen Rechte in ihren Zuständigkeiten berücksichtigt hat. Im September haben wir unser allererstes regionales sozialpolitisches Scoreboard vorgelegt, das aufzeigt, dass es trotz Fortschritten in den Regionen immer noch ein deutliches Regionalgefälle in den Mitgliedstaaten gibt. Zehn Jahre nach der vertraglichen Verankerung des territorialen Zusammenhalts sollten diese Daten die Entscheidungsträger der Union aufrütteln. Sie müssen diesen notwendigen Zusammenhalt unserer Gebiete zu einer Priorität von Politik und Haushalt machen.

* * *

Auch mit Blick auf den nächsten mehrjährigen Finanzrahmen und insbesondere auf den Vorschlag des finnischen Ratsvorsitzes bleibt mir bedauerlicherweise nur, der Besorgnis unserer Kommunal- und Regionalpolitiker Ausdruck zu verleihen. Denn insgesamt sind Mittelkürzungen in Höhe von über 40 Milliarden Euro zu Lasten der Kohäsionspolitik vorgesehen. Es handelt sich hier nicht einfach nur um abstrakte Zahlen, sondern vielmehr um konkret fehlende Förderungen für die energetische Sanierung von Schulen, für digitale Infrastruktur, für Forschungsprojekte und für die Schaffung von Arbeitsplätzen. Gemeinsam mit den Mitgliedern des Europäischen Parlaments fordern die Mitglieder des Europäischen Ausschusses der Regionen die Mitgliedstaaten weiterhin auf, Haushaltsmittel in Höhe von 1,3 % ihres Bruttonationaleinkommens bereitzustellen.

Der Brexit darf nicht als Vorwand dienen, um die Handlungsfähigkeit der Union weiter zu schmälern. Ich appelliere an den neuen Vorsitzenden des Europäischen Rates, meinen Landsmann Charles

Michel: Ein Unionshaushalt, der zu spät kommt, zu gering ausfällt und außerdem auch noch die Förderung der regionalen Entwicklung untergräbt, wäre eine historische Fehlleistung, die das europäische Einigungswerk aushöhlt. So lautet auch die Botschaft unserer Kohäsionsallianz an die Mitglieder des Europäischen Rates, der nächste Woche tagt. Diese Botschaft richtet sich insbesondere an die Mitgliedstaaten, die einen haushaltspolitischen Minimalismus verfechten, obwohl sie doch, wie die Europäische Kommission klargestellt hat, gemessen an ihrem nationalen Wohlstand und den Rückflüssen verhältnismäßig einen weitaus bescheideneren Beitrag leisten. Einige behaupten sogar, dass der EU-Haushalt spärlich ausfallen muss, damit Europa nicht unpopulär wird. Wir, die lokalen und regionalen Mandatsträger, halten ihnen entgegen, dass öffentliche Investitionen in Verbindung mit einem soliden Haushalt, zugänglichen Finanzinstrumenten, gerechten Bilanzregeln und einer ausreichend großen Flexibilität bei der Umsetzung des Stabilitäts- und Wachstumspakts keine Gefahr sind. Ganz im Gegenteil: Sie sind ein absolutes Muss.

* * *

Lassen Sie mich eines klarstellen: Die lokalen und regionalen Mandatsträgerinnen und Mandatsträger warten nicht auf die Mitgliedstaaten, um die Union neu zu gestalten. Wir sind eine konstruktive Kraft. In dieser sechsten Mandatsperiode des Ausschusses haben wir 292 Stellungnahmen und 38 Entschlüsse für einen breiten Spektrum an Themen verabschiedet,

die im Alltag der Europäerinnen und Europäer wichtig sind. So haben wir im Juni auch eine Entschlüsse für die neue europäische Legislaturperiode verabschiedet.

So wie ich es Ihnen vor einem Jahr versprochen habe, haben wir all diese Arbeiten in einem Forderungskatalog mit 101 konkreten Vorschlägen

ES GILT GESPROCHENE WORT.

zusammengefasst, die ich Präsident Sassoli, Präsidentin von der Leyen und allen Mitgliedern des Europäischen Rats in Ihrem Namen übergeben habe. Sehr geehrter Herr Präsident, wir wissen, dass wir auf Sie zählen können, um diese Vorschläge in die Verhandlungen über das künftige mehrjährige Arbeitsprogramm der drei Institutionen einzubringen.

Mit unseren Vorschlägen können die politischen Leitlinien der neuen Kommissionspräsidentin ganz konkret umgesetzt werden. Lassen Sie mich Ihnen einige Beispiele nennen.

Ein grüner Deal für Europa? Wir werden auf dieser Plenartagung eine einschlägige Entschließung verabschieden, denn wie Sie im Europäischen Parlament, sind auch die lokalen und regionalen Mandatsträgerinnen und Mandatsträger der Meinung, dass der Klimanotstand ausgerufen werden muss. Dies ist auch die Botschaft, die wir an die Vertreterinnen und Vertreter der Staaten richten, die in diesen Tagen auf der 25. Weltklimakonferenz in Madrid zusammenkommen.

Eine Wirtschaft im Dienste der Menschen? Wir schlagen beispielsweise vor, den Europäischen Sozialfonds Plus für Investitionen in die Sozialwirtschaft, Kompetenzen, Beschäftigung und die soziale Inklusion zu nutzen und einen Rahmen für die Arbeit auf digitalen Plattformen festzulegen.

* * *

In ihrer ersten Rede vor dem Europäischen Parlament hat Kommissionspräsidentin von der Leyen etwas ausgesprochen, das selbstverständlich und richtig ist: „Das demokratische System unserer Union ist einzigartig – es bringt direkt gewählte Abgeordnete auf lokaler, regionaler, nationaler und europäischer Ebene mit gewählten Staats- und Regierungschefs zusammen.“ Das ist ein guter Auftakt für den von ihr angestrebten „neuen Schwung für die Demokratie in Europa“.

Ich wiederhole es wieder und wieder: Die europäische Demokratie, das sind die 751 Mitglieder des Europäischen Parlaments. Und die 10 000 nationalen Volksvertreter. Wie auch die eine Million lokaler und regionaler Mandatsträgerinnen und Mandatsträger. Es ist bedauerlich, dass unsere europäische Demokratie der größten Gruppe gewählter Volksvertreter in der Praxis so wenig Bedeutung beimisst. Können sie weiter außer Acht gelassen werden, wenn wir doch Europa seinen Bürgerinnen und Bürgern näherbringen wollen? Nein! Und wir sind nicht die einzigen, die auf diese Frage mit

ES GILT GESPROCHENE WORT.

Ein Europa, das für das digitale Zeitalter gerüstet ist? Wir schlagen insbesondere vor, lokale Dialoge über neue digitale Lösungen in Zusammenarbeit mit den digitalen Innovationszentren aus dem Programm „Digitales Europa“ zu entwickeln.

Förderung der europäischen Lebensweise? Wir haben dieses Jahr den Startschuss für die Initiative „Städte und Regionen für die Integration von Migrantinnen und Migranten“ gegeben, die den Austausch bewährter Verfahren auf lokaler Ebene erleichtern will. Denn Willkommenskultur und europäischer Geist gehören zusammen.

Ein stärkeres Europa in der Welt? Unser Ausschuss verfolgt bereits Projekte in den Ländern der Östlichen Partnerschaft und des Mittelmeerraums, um vor allem die Anstrengungen der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften sowie junger Unternehmer zu unterstützen. Es braucht ähnliche Initiativen für den Westbalkan.

Wir werden stets als konstruktive, aber auch aufmerksame und anspruchsvolle Partner agieren. So auch, wenn wir beispielsweise fordern, dass der Fonds für einen gerechten Übergang zur Unterstützung der europäischen Kohleregionen aus zusätzlichen Mitteln finanziert wird und nicht aus dem Haushalt für die Europäischen Struktur- und Investitionsfonds. Oder wenn wir anmahnen, dass die Verzahnung der Kohäsionspolitik mit den Strukturreformen nicht zu Lasten der Kohäsionspolitik gehen darf.

ES GILT GESPROCHENE WORT.

einem klaren „Nein“ antworten. Als Beweis möchte ich hier die Mitteilung der Kommission zur Subsidiarität von Oktober 2018 zitieren: „Daher müssen alle Beteiligten größere Anstrengungen unternehmen, um sicherzustellen, dass die Erfahrungen und Meinungen der lokalen und regionalen Behörden und regionalen Versammlungen bei den politischen Entscheidungsprozessen stärker berücksichtigt werden.“ Was für die Entscheidungsgestaltung gilt, gilt selbstredend auch für die praktische Umsetzung vor Ort und die langfristige Planung.

In der Erklärung, die wir dem rumänischen Präsidenten Klaus Iohannis im März dieses Jahres auf unserem 8. Gipfeltreffen überreicht haben, haben wir auf die Notwendigkeit gepocht, auf allen Ebenen mit den europäischen Institutionen und den Mitgliedstaaten zusammenzuarbeiten. Aber was hat der Rat daraus gemacht? In seiner Strategischen Agenda von Sibiu heißt es lapidar: „Die Talente der regionalen und lokalen Akteure sollten zugunsten der Gesamtbemühungen eingesetzt werden.“ Diese Aussage ist einfach viel zu vage. Daher appelliere ich an den Präsidenten des

Europäischen Rates: Lassen Sie uns die Kräfte der Mitgliedstaaten und ihrer Regionen im Interesse der Union bündeln. Da Charles Michel selbst aus einem Föderalstaat kommt, weiß ich, dass diese Botschaft auf fruchtbaren Boden fallen wird.

Vor Kopernikus waren diejenigen, die ehemals die Geschicke unserer Welt leiteten, davon überzeugt, dass die Sonne sich um sie dreht. Und auch heute sind die Mitgliedstaaten noch allzu oft davon überzeugt, dass sie das alleinige Zentrum der Union sind. Es ist an der Zeit für eine neue kopernikanische Wende und eine Dosis gesunden Menschenverstands in unseren Arbeitsmethoden. Um die lokalen und regionalen Mandatsträger in die europäische Beschlussfassung einzubinden, möchte

ich einen einfachen Vorschlag zur Debatte stellen, den wir auch in unserer Erklärung zum 25-jährigen Bestehen unseres Ausschusses unterbreiten: Lassen wir den Europäischen Ausschuss der Regionen am Trilogverfahren teilhaben, bei dem allzu oft Bermuda-Dreieck-mäßig Vorschläge verschwinden oder sie sich abseits jedweder Überprüfung von Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit entwickeln. Daher habe ich dem Vorsitzenden des REGI-Ausschusses des Europäischen Parlaments vorgeschlagen, unsere Berichterstatterinnen und Berichterstatter zu den Sitzungen seines Ausschusses einzuladen, damit sie sich über den Stand der Haushaltsverhandlungen auf dem Laufenden halten können. Dies ist ein erster kleiner Schritt, aber er ist von großer Bedeutung.

* * *

Die europäischen Institutionen haben demnächst Gelegenheit, ihre Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit den Mandatsträgern unter Beweis zu stellen, die den Bürgern am nächsten stehen. Diese Gelegenheit ist nichts anderes als die Konferenz zur Zukunft Europas. Ich habe Sie, Herr Präsident, auch gebeten, dafür Sorge zu tragen, dass der Ausschuss vollumfänglich an dieser Konferenz beteiligt wird. Im Europäischen Konvent waren wir Beobachter. Ich kann mir nicht vorstellen, dass wir nun, 18 Jahre später, nicht mit am Verhandlungstisch sitzen.

auch institutionelle Fragen und Arbeitsmethoden beleuchten. Sie bietet uns eine Chance, auszuloten, wie unser Europa funktionstauglicher und demokratischer gestaltet werden kann. Und das ist nicht nur damit getan, dass Spitzenkandidaten aufgestellt werden. Lassen Sie uns zwischen Institutionen, aber mit den Europäerinnen und Europäern als Zeugen, die Einbindung der lokalen und regionalen Mandatsträger in das europäische Einigungswerk erörtern. Wenn wir die Städte und Regionen von diesen Diskussionen über die Funktionsweise unserer Union ausschließen, wenn wir diese Diskussionen als reine Kommunikationsübung ansehen, dann schaffen wir keinen Zukunftsentwurf für Europa, sondern dann bleiben wir der Vergangenheit verhaftet.

Ebenso wollen wir selbstredend zu den angekündigten Bürgerdialogen beitragen. Im Schulterschluss mit dem Präsidenten des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses habe ich den anderen Institutionen vorgeschlagen, gemeinsam einen ständigen Mechanismus für Bürgerdialoge aufzubauen, in dessen Rahmen die lokalen und regionalen Mandatsträgerinnen und Mandatsträger Diskussionen organisieren und dann konkrete Vorschläge formulieren.

Wir müssen unsere Beiträge zu dieser Konferenz so vorbereiten, dass alle Gebietskörperschaften uns ihre Prioritäten, Forderungen und Vorschläge übermitteln können. Hierfür müssen wir Debatten in den Kommunal- und Regionalparlamenten organisieren und den Dialog mit den europäischen und nationalen Verbänden der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften stärken.

* * *

Abschließend möchte ich auch noch auf uns und unseren Ausschuss zu sprechen kommen. Unter meiner Präsidentschaft haben wir vier Arbeitsbereiche in Angriff genommen, damit Sie alle noch aktiver an unseren Arbeiten mitwirken können. So haben wir unter anderem beschlossen, dass wir auf jeder Plenartagung eine Debatte zu einem aktuellen Thema führen wollen. Seit unserem letzten Gipfel arbeiten wir auch systematisch mit jungen lokalen und regionalen europäischen Mandatsträgerinnen

und Mandatsträgern zusammen, denn sie sind unsere Zukunft. Weiterentwicklung, das bedeutet auch, dass wir eine Versammlung schaffen, in der mehr Frauen vertreten sind. Daher habe ich den Rat ersucht, die Mitgliedstaaten aufzufordern, bei ihren Ernennungen dem Kriterium der Geschlechtergleichheit Rechnung zu tragen.

Wie wird unser Ausschuss in 25 Jahren aussehen? Ich weiß es nicht. Aber wir haben eine Studie über



unsere Geschichte in Auftrag gegeben, in der daran erinnert wird, dass es schon vor der Gründung unserer Versammlung die Idee gab, einen echten europäischen Senat, eine echte zweite Kammer einzurichten. Diese Idee ist somit nicht neu, aber ich denke, dass sie nur im Zuge einer grundlegenden Neugestaltung der Institutionen Wirklichkeit werden kann.

25 Jahre nach seiner Gründung ist es ohne jeden Zweifel an der Zeit, die Stellung des Ausschusses zu bekräftigen. So lautet auch die vor Kurzem von den Regierungschefinnen und Regierungschefs der deutschen Länder sowie von den österreichischen Landeshauptleuten und Präsidentinnen und Präsidenten der Landtage unisono erhobene Forderung.

Wir müssen die Union ihren Bürgerinnen und Bürgern näherbringen – und auch ihren Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern vor Ort. Fakt ist, dass eine Vielzahl der Mandatsträger vor Ort nicht weiß, wie sie ein europäisches Projekt auf die Beine stellen sollen oder an wen sie sich wenden können. Darauf

müssen wir uns im Ausschuss einstellen, um direkter auf die konkreten Fragen der lokalen und regionalen Mandatsträgerinnen und Mandatsträger unserer Union eingehen zu können.

Wir müssen auch die Institution sein, die das Potenzial der 20 000 Städtepartnerschaften oder der Tausenden so genannter „People to people-Projekte“ von Bürgern für Bürger auf europäischer Ebene zum Tragen bringt. Diese sind Ausdruck der Vielfalt unserer Bevölkerung und unserer Kultur und können dem europäischen Projekt neue Impulse verleihen und es wieder greifbarer machen.

Denn es sind die Kommunen, die Städte und die Regionen, die unsere Bestrebungen und Ziele verwirklichen. Wie Sie sicherlich bereits verstanden haben, beinhaltet meine Vision für die Zukunft unseres Ausschusses vor allem, dass wir auch weiterhin all unsere Energie auf die Verankerung Europas und des Ausschusses im Alltag der einen Million lokaler und regionaler Mandatsträgerinnen und Mandatsträger richten. Genau daraus werden wir unsere Kraft und unsere Legitimität schöpfen.

* * *

Sehr geehrter Herr Präsident,

liebe Kolleginnen und Kollegen,

vor zwei Jahren habe ich Ihnen gesagt, dass die Mandatsträger der Städte und Regionen auch Mandatsträger der Union und für die Union sind.

Letztes Jahr habe ich Ihnen gesagt, dass die Städte und Regionen Europa brauchen und Europa die Städte und Regionen braucht.

Und heute sage ich Ihnen, dass die Städte und Regionen die Zukunft unserer Union sind.

Herzlichen Dank.





Europäischer Ausschuss der Regionen

Der Europäische Ausschuss der Regionen (AdR) wurde 1994 mit der Unterzeichnung des Vertrags von Maastricht errichtet und ist eine Versammlung von 350 Regional- und Kommunalvertretern aus allen 28 EU-Mitgliedstaaten, die mehr als 507 Millionen EU-Bürger vertritt. Seine Aufgabe ist es, die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften sowie die von ihnen vertretene Bevölkerung in den Entscheidungsprozess der Union einzubeziehen und sie über die Gemeinschaftspolitik zu informieren. Die Europäische Kommission, das Europäische Parlament und der Rat sind verpflichtet, den AdR in den für die Städte und Regionen relevanten Politikbereichen anzuhören. Der AdR kann den Gerichtshof der Europäischen Union anrufen, wenn seine Rechte verletzt wurden oder wenn er der Auffassung ist, dass eine EU-Rechtsvorschrift gegen das Subsidiaritätsprinzip verstößt bzw. dass regionale oder lokale Kompetenzen missachtet werden.

Herausgegeben von der Direktion D Kommunikation

Brüssel, Dezember 2019 — CdR_4150

Titelblatt-Illustration: ©Shutterstock/Faber14

© Europäische Union, 2016 | Wiedergabe mit Quellenangabe gestattet | Gedruckt in Belgien

Rue Belliard/Belliardstraat 101 | 1040 Bruxelles/Brussel | BELGIQUE/BELGIË
Tel. +32 22822211 | e-mail: PublicationsCdR@cor.europa.eu | www.cor.europa.eu

 @EU_CoR |  /european.committee.of.the.regions |  /european-committee-of-the-regions |  @EU_regions_cities

